

## Sparpaket der Stadt Duisburg **Die "Tränenliste" im Detail**

Duisburg, 26.01.2010, Willi Mohrs (Quelle: <http://www.derwesten.de>)

**Rund 400 Posten umfasst das Sparpaket der Stadtverwaltung, über das jetzt der Rat der Stadt entscheiden muss. Einen Auszug mit entscheidenden Posten aus der „Tränenliste“ haben wir zusammengestellt.**

Rund 400 Posten umfasst das Sparpaket der Stadtverwaltung. Unter anderem stehen folgende Vorschläge zur Diskussion:

- Verkleinerung des Rates von 74 auf 68 Sitze.
- Verkleinerung der Bezirksvertretungen von 19 auf 15 Sitze.
- Weniger Aufwandsentschädigung für Ratsmitglieder .
- Ein Dienstwagen wird abgeschafft.
- Eine zentrale Briefwahlstelle statt deren acht.
- Aufgabe gemieteter Räume der Kämmerei.
- Erhöhung der Hundesteuer . Drei Varianten werden diskutiert. danach kostet der erste Hund zwischen 126 und 156 Euro.
- Erhöhung der Vergnügungssteuer auf „Münzspielapparate“ .
- Städtische Gesellschaften oder Beteiligungen sollen erstmals Dividende zahlen oder diese erhöhen. Das sind: Frischekontor, Gebag, Hafen, Müllverbrennung, Klinikum, Sparkasse.
- Weniger Zuschuss für Duisburg-Marketing .
- Verkauf des Tectrums (Technologiezentrum).
- Mehrerträge in Bussgeldverfahren .
- Radarkontrollen an Autobahnen im Stadtgebiet.
- Höhere Rettungsdienstgebühren .
- Höhere Brandschauggebühren .
- Höhere Benutzungsgebühren für die Hallen in Walsum, Homberg und Rheinhausen.
- Einsparung des City-Managers in Meiderich.
- Aufgabe von Räumen in diversen Bezirksamtern .
- Schließung des Bürgerservice Rumeln-Kaldenhausen .
- Verkauf des Theaters am Marienort .
- Aufgabe von Räumen im Künstler- und Atelierhaus Baerl .
- Aufgabe von bis zu acht Grundschulen .
- Schließung der Hauptschulen Am Neuen Angerbach, Adolph-Kolping-Schule, Wiesbadener Straße, Frankenschule, Gottfried-Könzgen-Schule.
- Schließung von zwei Realschulen .
- Schließung von bis zu zwei Förderschulen .

- Aufgabe von zwei Berufskollegs .
- Aufgabe einer Gesamtschule .
- Anhebung der Elternbeiträge im Offenen Ganzttag (Ogata) um 8 Euro pro Monat.
- Reduzierte Übernahme von Schülerfahrkosten .
- Ausgliederung der Niederrheinischen Kunst- und Musikschule .
- Erhöhung der Musikschul-Entgelte um 10 bis 30 Prozent.
- Wegfall von Musikschulfachbereichen .
- Einstellung des Verlustausgleichs des Filmforums .
- Weniger Zuschuss für die Volkshochschule und für die Stadtbibliothek .
- Verlagerung der Stadtteilbibliotheken Vierlinden, Neumühl, Beeck, Ruhrort, Wanheimerort in Schulen.
- Schließung der Verwaltungsbibliothek .
- Das Festival Akzente findet nur noch alle zwei Jahre statt.
- Ab 2013 entfallen die Zuschüsse für Akzente und Traumzeit . Sponsoren sollen für die Finanzierung gewonnen werden.
- Der Kulturbeirat bekommt kein Geld mehr.
- Der Cubus-Kunsthalle werden Mittel gestrichen, ebenso dem Reibekuchen-Theater (Kom'ma) , dem Bunker Dieselstraße , dem Kulturzentrum Hundertmeister , dem Ratskeller Hamborn , dem Kinder- und Jugendtheater „Der Spielkorb“ .
- Die Eintrittspreise fürs Schauspiel werden um durchschnittlich zehn Prozent erhöht, ebenso bei den Konzerten der Duisburger Philharmoniker .
- Ab 2014 soll der Anteil Duisburgs an der Deutschen Oper am Rhein um 2,5 Mio Euro gemindert werden.
- Erhöhung der Gebühren im Stadtarchiv um 10 bis 15 Prozent.
- Halbierung des Ausstellungsetats im Kultur- und Stadthistorischen Museum .
- Zusammenlegung der Leitung von Kultur- und Stadthistorischem Museum und Museum der Deutschen Binnenschiffahrt .
- Reduzierung des Ausstellungsetats im Binnenschiffahrtsmuseum um 60 Prozent.
- Kürzungen bei der städtischen Kinder- und Jugendarbeit zwischen 10 und 30 Prozent.
- Kürzungen bei der Sprachförderung für Kinder.
- Erhöhung der Elternbeiträge für Kindertagsstätten .
- Erhöhung des Verpflegungsentgeltes an Kindertagesstätten um 10 Prozent.
- Zusammenarbeit mit anderen Kommunen bei der internen Fortbildung.
- Aufgabe des Zentrums für Personalentwicklung in Buchholz, Verkauf des Grundstücks für eine Neubebauung mit Einfamilien- und Doppelhäusern.
- Mehr Aufgaben fürs städtische Call Center (Call Duisburg), zum Beispiel Verlängerung von Leihfristen für die Bibliothek und telefonische Mahnungen bei ausstehenden Zahlungen.
- Übertragung des Fahrdienstes für mobilitätseingeschränkte Menschen auf die DVG.
- Verlängerung von Leasingzeiträumen bei IT-Ausrüstungen.
- Reduzierung der Zuschüsse für Begegnungs- und Beratungszentren sowie Seniorentreffs .

- Geschlossen ist bereits das Übergangsheim Scheperskamp .
- Die Bearbeitung des Wohngeldes , bisher in vier Außenstellen, wird zentralisiert .
- Wegfall der Energiekostenerstattung für ehemalige Bädermitarbeiter und deren Ehegatten .
- Absenkung der Wassertemperatur in städtischen Bädern um 2 auf 26 Grad.
- Erhöhung der Bädertarife für Vereine .
- Erhöhung der Bädertarife um durchschnittlich 20 Prozent.
- Erhebliche Erhöhung der Nutzungsentgelte für Sportstätten .
- Schließung des Hallenbades Neuenkamp .
- Schließung des Beckens am Freibad Kruppsee .
- Schließung des Hallenbades Großenbaum .
- Schließung des Hallenbades Rheinhausen .
- Schließung des Hallenbades Rumeln-Kaldenhausen .
- Schließung des Hallenbades Wanheim .
- Übergabe der Turnhalle Buchenallee an einen Verein.
- Verkauf der Eissporthalle .
- Verkauf eines Teils der Sportanlage Werthäuser Straße an ein benachbartes, erweiterungswilliges Unternehmen.
- Vermarktung des Grundstücks des abgebrannten Hallenbades Beeck .
- Überprüfung der Verträge mit der DVG zur Unterhaltung der Stadtbahnanlagen .
- Abstellen aller städtischen Brunnen , für deren Betrieb sich kein Sponsor findet.
- Reduzierung der Einschaltzeiten der Straßenbeleuchtung auf drei Stunden.
- Reduzierung externer Ingenieurleistungen .
- Erhöhung der Parkgebühren .
- Parkgebühren künftig auch in den Stadtteilzentren .
- Für Märkte und Feste auf Straßen und Plätzen sollen Frischekontor und DMG Miete zahlen.
- Alle Mietverträge der Stadt mit dem städtischen Immobilien-Management IMD nachkalkuliert werden mit dem Ziel, Kosten zu mindern.
- Energieversorgungsunternehmen sollen künftig Gebühren zahlen für Leitungen an städtischen Brücken .
- Die Innenstadt-Entwicklungsgesellschaft erhält weniger Geschäftsbesorgungsentgelte.
- Das bisher von den Bezirksamter bearbeitete Thema Sondernutzungen soll zentralisiert werden. Und die Gebühren sollen überarbeitet, also erhöht werden.
- Einsparung von 100 000 Euro jährlich bei der Vermessung .
- Einführung eines Flächenstandards für städtische Büroarbeitsplätze von acht Quadratmetern.  
Mietsparpotenzial: 1 Mio Euro.
- Halbierung der Bodenreinigung in Verwaltungsgebäuden auf einmal wöchentlich .
- Reduzierung der Feriengrundreinigung an Schulen.

- Reduzierung des Fensterputzens an städtischen Gebäuden auf einmal jährlich .
- Ein Hausmeister für zwei Schulen .
- Parkgebühren auf Schulparkplätzen .
- Umwandlung der Botanischen Gärten in weniger unterhaltungsbedürftige Grünanlagen.
- Kürzung von Geldern für den Landschaftspark Nord .
- Abrechnung von Straßenreinigungsgebühren für Kleingärten über die Nebenkostenabrechnung.
- Mehreinnahmen bei der Beseitigung von Verwurzelungsschäden an den privaten Kanälen .
- Zusammenführung der unteren Umweltbehörden .
- Auflösung des Amtes für Wasser- und Kreislaufwirtschaft . Die Aufgaben übernehmen die Wirtschaftsbetriebe.
- Zentralisierung der Suchthilfe beim Suchthilfeverein.
- Aufgabe von Familienberatung und Prostituiertenberatung.